



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Postzustellungsurkunde



HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin
TEL +49 30 18 400 - 0
FAX +49 30 18 400 - 1819
MAIL poststelle@bk.bund.de

BETREFF **Anfragen nach dem
Informationsfreiheitsgesetz (IFG)**

Berlin, 25 April 2017

AZ 13 IFG - 02814 -

BEZUG Ihre Anfrage vom 7. April 2017



mit E-Mail vom 7. April 2017 beantragten Sie u.a. auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG):

„Bitte senden Sie mir Folgendes zu:

alle Unterlagen zur Bespitzelung von Willy Brandt und der SPD durch Konrad Adenauer, die Bundesregierung oder den BND (siehe Pressemeldung <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/konrad-adenauer-liess-willy-brandt-bespitzeln-a-1142309.html>).

Bitte auch alle Sprechzettel oder Hintergrundinformationen zu dieser Angelegenheit für die derzeitige Bundeskanzlerin der Antwort beifügen.“

Auf Ihren Antrag ergeht folgende Entscheidung:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Gründe:

I.

Ihr Antrag ist abzulehnen, da im Bundeskanzleramt kein Schriftgut mehr vorhanden ist, auf das die von Ihnen genannten Kriterien zutreffen. Soweit im Bundeskanzleramt Schriftgut im Sinne Ihres Antrages vorlag, wurde dieses bereits an das Bundesarchiv abgegeben und ist daher auch nur dort einsehbar.

Ich stelle anheim, Ihren Antrag ggf. an das Bundesarchiv, 56064 Koblenz, zu richten.

II.

Gemäß § 10 Abs. 1 und Abs. 3 IFG in Verbindung mit der Informationsgebührenverordnung (IFGGebV) vom 2. Januar 2006 fallen keine Kosten an.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Amelang

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin erhoben werden.

Ich weise darauf hin, dass für die vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs Kosten von 30,00 Euro anfallen.